

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Piratenfraktion

### **Kein Rückschritt in Sachen Barrierefreiheit – zweite Rampe bei allen Eindeckerbussen wieder einführen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass

- die 236 von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) in Absprache mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung gekauften Eindeckerbusse, ggf. nachträglich, mit einer zweiten Rampe an der Vordertür ausgestattet werden und dementsprechend die Zugänglichkeit zum Rollstuhlstellplatz im Bus bei vorderer Rampennutzung hergestellt wird;
- bei zukünftigen Neuerwerbungen und Veränderungen bei der BVG eine enge Konsultation mit Menschen mit Behinderungen und mit ihren Vertreterorganisationen entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention rechtzeitig, vor Fällung der Entscheidung, geführt wird, ihre Belange berücksichtigt werden und ihnen ausreichend Zeit für eine Stellungnahme gegeben wird, bevor eine Entscheidung getroffen wird;
- mit der zuständigen AG für Menschen mit Behinderungen bei der Senatsverwaltung und dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen (§ 5 Abs. 3 Landesgleichberechtigungsgesetz) vor Neuerwerbungen und Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Menschen mit Behinderungen betreffen, ein intensiver Dialog geführt und ein gemeinsamer Beschluss gefasst wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2014 zu berichten.

### ***Begründung***

Der Senat ist verpflichtet, für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen und die Leitlinien zum Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt fortlaufend umzusetzen. Berlin braucht Busse, in denen alle ÖPNV-Nutzer\*innen selbstständig und ohne Schwierigkeiten an jeder Haltestelle ein- und aussteigen können. Ein barrierefreier Vordereinstieg durch eine Rampe an der Vordertür ermöglicht Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zum Bus.

Die BVG setzt ab 2015 Busse ein, die nur noch eine barrierefreie Tür aufweisen und nicht – wie bislang – zwei Türen. Damit werden Barrieren für Menschen mit Behinderungen wieder eingeführt, die längst überwunden waren. Die Abschaffung der Rampe an der Vordertür verhindert bei ungünstiger Anfahrtssituation den Ein- und Ausstieg von Menschen mit Rollstühlen oder Rollatoren, da sie nicht auf eine weitere Tür ausweichen können. Dies kann auch bei Baustellen, bei Schneemassen im Winter und bei unerwarteten Verkehrshindernissen der Fall sein.

Von besonderer Relevanz ist die vordere Rampe auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Bus nicht immer ordnungsgemäß an den Bordstein heranfährt. Ist dies der Fall kann die hintere Rampe nicht auf den Fußweg gelegt werden. Die hintere Rampe kann alternativ auch nicht auf die Straße gelegt werden, da die Steigung dann zu stark ist (Gefahrensituation) und die Rollstuhlfahrer\*innen nicht immer vom Fußweg über einen nicht abgesenkten Bordstein auf die Straße gelangen. Gibt es in diesen Fällen keine zusätzliche vordere Rampe, können die Fahrgäste im Rollstuhl oder mit Rollator nicht einsteigen.

Auch im Sinne des Normalisierungsprinzips ist es wichtig, dass Menschen mit körperlichen Behinderungen vorne einsteigen können. So haben sie die Möglichkeit, Kontakt zu den Busfahrer\*innen aufzunehmen und Fragen zu stellen.

Auch in Anbetracht der Tatsache, dass es nicht weniger, sondern mehr mobilitätseingeschränkte Menschen geben wird, ist eine zweite Rampe beizubehalten, um den zeitgleichen Einstieg von mehreren alten, mobilitätseingeschränkten bzw. behinderten Menschen zu ermöglichen. Die Zahl der Hochbetagten wird in den kommenden Jahren stark zunehmen.

Um Rückschritte in der Barrierefreiheit zu vermeiden, müssen der Landesbehindertenbeauftragte, die für Soziales zuständige Senatsverwaltung und die AG für Menschen mit Behinderungen bei der zuständigen Senatsverwaltung vor Neuanschaffungen und Veränderungen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, konsultiert, rechtzeitig um Stellungnahme gebeten und es muss ein gemeinsamer Beschluss erwirkt werden.

Berlin, den 23.09.2014

Herberg      Spies      Baum  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion